nicht verstetigen und weitere Formen und Bereiche einer derartigen Zusammenarbeit ins Auge fassen? Ich möchte anregen, daß der Generalsekretär möglichst rasch eine Arbeitsgruppe führender Persönlichkeiten der Wirtschaft aus der ganzen Welt einberuft, die hierzu konkrete Vorstellungen entwickelt.

Die Weltorganisation effizienter zu machen, heißt auch, die Vereinten Nationen auf eine dauerhaft solide finanzielle Grundlage zu stellen. Jeder Mitgliedstaat ist aufgerufen, sich im Rahmen seiner finanziellen Leistungskraft und ohne Bedingungen an der Finanzierung der Weltorganisation zu beteiligen. Denn wir müssen uns darüber im klaren sein: Die Vereinten Nationen sind keine anonyme Organisation. Die Vereinten Nationen, das sind wir alle! Jeder von uns kann und sollte seinen Beitrag zu einer handlungsfähigen Weltorganisation im 21. Jahrhundert leisten. Deutschland wird sich dieser Verantwortung nicht entziehen.

## Friedenseinsätze brauchen ein robustes Mandat

Rede des deutschen Außenministers vor der 55. UN-Generalversammlung (14. September 2000)

JOSEPH FISCHER

Zunächst möchte ich Ihnen, Herr Präsident, herzlich zu Ihrer Wahl zum Vorsitzenden dieser 55. Tagung der Generalversammlung gratulieren und Ihnen viel Erfolg für Ihre Arbeit wünschen. Ich danke Außenminister Gurirab für seinen Einsatz, mit dem er die 54. Tagung der Generalversammlung geleitet hat. Ich begrüße Tuvalu als 189. Mitglied der Vereinten Nationen und beglückwünsche es zu seinem Beitritt. Den Ausführungen meines französischen Kollegen Hubert Védrine im Namen der Europäischen Union schließe ich mich an. Auf dieser Tagung der Generalversammlung, der ersten im neuen Jahrtausend, geht es darum, die Zukunftsaufgaben der Vereinten Nationen und die zu ihrer Bewältigung notwendigen Reformen zu bestimmen. Die Millenniums-Erklärung, die wir alle am 8. September angenommen haben, gibt uns den Weg vor. Die Umsetzung dieser Erklärung sollte im Zentrum der Beratungen dieser und künftiger Tagungen der Generalversammlung stehen. Ich rege an, daß der Generalsekretär von der Möglichkeit, Überprüfungsberichte zu erstellen, bereits zu Beginn der nächsten Generalversammlung Gebrauch macht.

Ein Thema war es besonders, das diese Debatte dominiert hat, nämlich die Globalisierung. Sie wird überall Wirtschaft und Finanzen, Politik und Kultur tiefgreifend verändern. Wird sich dabei eine neue, Frieden, Gerechtigkeit und gleiche Teilhabe am gemeinsamen Fortschritt garantierende Ordnung durchsetzen oder aber eine neue Teilung der Welt? Wird die Zukunft der globalisierten Welt ihren pluralen Charakter in einer multilateralen Ordnung ausformen? Erst die Zukunft wird diese Fragen beantworten.

Die Globalisierung eröffnet gerade auch den Entwicklungsländern große Chancen. Wenn sie dennoch so starke Gegenreaktionen hervorruft, so liegt dies an der Unausgewogenheit dieses historischen Prozesses. In der Tat droht unserer Welt heute, ein knappes Jahrzehnt nach dem Ende des Kalten Krieges, eine neue Spaltung, wobei die Grenze diesmal zwischen Gewinnern und Verlieren des wirtschaftlichen Globalisierungsprozesses verläuft. Generalsekretär Kofi Annan hat in seinem beeindruckenden Millenniums-Bericht zu Recht eindringlich auf den wachsenden Unterschied in der Verteilung von Einkommen, Ressourcen, Investitionen und des Zugangs zu neuen Technologien hingewiesen.

Angesichts dieser Lage muß die Staatengemeinschaft in der vor uns liegenden Dekade alle Anstrengungen unternehmen, um die Globalisierung zu einer positiven Entwicklung für alle Völker zu machen. Wenn die Kräfte des Marktes nicht durch ein politisch gestaltendes Korrektiv ausbalanciert werden, dann ist zu erwarten, daß die Ungerechtigkeit in der Welt weiter zunehmen wird. Die von den Chancen der Globalisierung bislang Ausgeschlossenen müssen stärker einbezogen, ihnen muß mehr politische Mitbestimmung bei der Steuerung globaler Prozesse und eine fairere Teilhabe an der Entwicklung der Weltwirtschaft ermöglicht werden.

schaft ermöglicht werden.

Im 21. Jahrhundert werden wir zur Lösung der globalen Herausforderungen mehr denn je eine Art global governances benötigen. Hierbei wird den Vereinten Nationen eine zentrale Bedeutung zukommen. Sie sind die einzige Organisation, in deren Rahmen die Ungerechtigkeit zwischen Arm und Reich überwunden und ein Ausgleich zwischen den Völkern und Regionen, globaler Frieden und eine nachhaltige Entwicklung erreicht werden kann. Ihre Handlungsfähigkeit entscheidend zu stärken, ist eine Schicksalsfrage für die gesamte Menschheit im 21. Jahrhundert.

Hierzu gehört neben der zentralen Reform des Sicherheitsrats, daß sie neue, kreative Partnerschaften mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft eingehen. Deutschland unterstützt nachdrücklich die Idee des Generalsekretärs eines Globalen Paktes« mit großen Wirtschaftsunternehmen. Die deutsche Initiative für eine Resolution in der Generalversammlung für globale Partnerschaften wird diese und andere Fragen des Globalisierungsprozesses aufgreifen.

Die globale Armut ist das Schlüsselproblem der Nord-Süd-Beziehungen. Sie liegt an der Wurzel vieler globaler Risiken und Friedensgefährdungen. Der Generalsekretär hat hierzu präzise und aufrüttelnde Analysen in seinem Be-

richt geliefert

Die Industrieländer stehen besonders in der Pflicht, die Ärmsten der Armen zu unterstützen. Mit der von Deutschland initiierten Kölner Schuldeninitiative verbinden wir Schuldenerleichterungen mit einer Strategie der Armutsbekämpfung. Die 20 ärmsten Entwicklungsländer sollten bis zum Jahresende schuldenfrei sein. Den am wenigsten entwickelten Ländern sollte ein mög-

lichst weitgehender zoll- und quotenfreier Zugang zu den Weltmärkten gewährt werden. Wir müssen, auch durch Liberalisierungsschritte in der Welthandelsorganisation, eine weitere soziale Ausgrenzung dieser Länder verhindern. Dies gilt insbesondere für die new economyc. Die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedstaaten müssen ihre Bemühungen intensivieren, diesen Ländern die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie zu erleichtern. Dies setzt Bildungsinitiativen und die notwendigen Mittel voraus.

Wie aber sollen arme Länder ihren ökonomischen Rückstand aufholen, wenn sie zugleich und in weit schlimmerem Ausmaß als der Norden von furchtbaren Krankheiten heimgesucht werden? Der Kampf gegen die verheerende, besonders Afrika betreffende Verbreitung des AIDS-Virus muß eine Priorität für uns alle sein. Der Schwerpunkt muß auf der Prävention liegen. Zugleich müssen der Zugang zu Medikamenten verbessert und die Impfstofforschung intensiviert werden. Die vielversprechende Initiative der Weltbank, einen Zukunftsfonds für den Kauf von Impfstoffen einzurichten, verdient alle Unterstützung. Gerade im Kampf gegen AIDS sind neue Partnerschaften zwischen Regierungen und Unternehmen unverzichtbar.

Das zweite große Thema dieser Generalversammlung ist die Friedenssicherung. Der Generalsekretär hat mit dem Brahimi-Bericht die Richtung vorgegeben. Die darin enthaltenen Empfehlungen sollten schnellstens geprüft und umgesetzt werden. Deutschland wird sich daran beteiligen. Friedenseinsätze brauchen ein robusteres Mandat und eine verbesserte personelle und materielle Ausstattung. Die Mitgliedstaaten müssen erheblich mehr tun für die schnelle Entsendbarkeit von gut ausgebildeten Soldaten, Polizei und zivilem Fachpersonal. Die Fortentwicklung des Polizeikonzepts ist dabei eine der wichtigsten Aufgaben, wie die Erfahrung der letzten Monate und Jahre gelehrt hat.

Die Bundesregierung wird dem Verfügungsbereitschaftssystem der Vereinten Nationen Ausbildung für ziviles Friedenspersonal und zivile Kapazitäten anbieten. Wir planen zudem eine Aktion Ziviles Friedenspersonal, durch die ein Pool von qualifizierten und kurzfristig einsetzbaren Experten für Friedens-

missionen geschaffen wird.

Die heute vorherrschende Konfliktform ist der innerstaatliche Konflikt. Vordringliche Aufgabe der Friedenssicherung muß es folglich sein, die innerstaatlichen Wurzeln von Konflikten zu behandeln. Neben einer Verbesserung der sozio-ökonomischen Bedingungen muß dabei die Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Zentrum unserer Bemühungen stehen. »Menschenrechtsverletzungen von heute sind die Kriege von morgen«, wie die UN-Menschenrechts-Hochkommissarin Mary Robinson treffend gesagt hat.

Zahlreiche konkrete Aufgaben stehen an:

- Die Protokolle zur Bekämpfung des Einsatzes von Kindern in bewaffneten Konflikten und zur Verbesserung des Schutzes von Kindern vor Kinderhandel, -prostitution und -pornographie müssen sobald wie möglich in Kraft treten.
- Die Gleichberechtigung der Frauen muß in allen Lebensbereichen gefördert werden. Ich rufe alle Staaten zur baldigen Ratifizierung des neuen Zusatzprotokolls zur Frauenrechtskonvention und zur Abschaffung aller die Frauen diskriminierenden Gesetze bis 2005 auf.
- Die Weltkonferenz gegen Rassismus 2001 muß dieses Thema in seiner ganzen Bandbreite angehen. Aus der Verantwortung für unsere Geschichte heraus werden unser Staat und unsere Gesellschaft allen Formen von Rechtsradikalismus, Rassismus und Antisemitismus den entschiedenen Kampf ansagen, im eigenen Land und in der Welt.

 Ich appelliere an alle Staaten, die Integrität des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs zu wahren, es zu unterzeichnen und zu ratifizieren, damit der Gerichtshof bald seine Arbeit aufnehmen kann. Eine Ausnahmeregelung

vom Römischen Statut darf es nicht geben.

Eine der größten Menschheitsgefahren bleibt die Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Die Gefahr regionaler Rüstungswettläufe ist gestiegen, besonders in Südasien. Es bleibt deshalb eine zentrale Aufgabe der UN, das internationale Rüstungskontrollregime weiter auszubauen. Dazu bedarf es einer entschlossenen Umsetzung der Ergebnisse der sechsten Überprüfungs-

konferenz des Nichtverbreitungsvertrags. Die Entscheidung Präsident Clintons, den Aufbau einer nationalen Raketenabwehr jetzt nicht zu forcieren, ist vor diesem Hintergrund sehr zu begrüßen. Der ABM-Vertrag muß als Eckpfeiler strategischer Stabilität und Grundlage für weitere Schritte der nuklearen Abrüstung erhalten bleiben.

In den ärmeren Ländern muß die exzessive Anhäufung von Kleinwaffen gestoppt werden. Wir müssen deshalb alle Anstrengungen unternehmen, um auf der UN-Konferenz über Kleinwaffen 2001 konkrete Fortschritte zu erzielen. Dies setzt die Einbeziehung aller Aspekte, auch des legalen Transfers von

Produktion und Beständen, voraus,

Als äußerst wirksames Mittel zur Verhinderung von Konflikten hat sich die regionale Kooperation erwiesen. Die Vereinten Nationen können hierzu vieles beitragen. Lassen Sie mich zwei Regionen ansprechen, wo Fortschritte be-

sonders dringlich sind:

 Das Dreieck zwischen Mittelasien, dem Kaukasus und dem Mittleren Osten ist voller Instabilitäten – Öl, religiöser Fundamentalismus, Terrorismus, Drogen, nuklearer Rüstungswettlauf - und droht zu der Krisenregion des vor uns liegenden Jahrhunderts zu werden. Dort könnte nach dem Modell von Helsinki ein neuer, umfassender Regionalprozeß, der Kooperation statt Konfrontation fördert, eine wichtige stabilisierende Rolle spielen. Deutschland ist bereit, sich an einem solchen Prozeß zu beteiligen.

In Afrika haben regionale Ansätze an Bedeutung gewonnen. Doch von wirksamen friedensschaffenden Strukturen läßt sich zumeist noch nicht sprechen. Leider haben die Anstrengungen der UN und der Organisation der Afrikanischen Einheit zur Lösung der Konflikte in Kongo und Sierra Leone bisher keinen Durchbruch erzielt. Im Konflikt zwischen Äthiopien und Eritrea ist zu hoffen, daß der endlich geschlossene Waffenstillstand konsolidiert wird und daß die UN-Friedensmission von den Konfliktparteien volle Unterstützung

Das dritte Thema dieser Generalversammlung, der Schutz unserer natürlichen Umwelt, wird wahrscheinlich zur Schicksalsfrage unseres Planeten werden. Im 20. Jahrhundert hat sich die Weltbevölkerung vervierfacht, der Verbrauch von Energie und Rohstoffen sogar verzehnfacht. Wir müssen die Vergeudung der natürlichen Ressourcen beenden und so rasch wie möglich auf erneuerbare Energieträger umsteigen. Dies kann nicht nur ein Anliegen der Industrie-länder sein – gerade im Moment erleben wir, wie die hohen Ölpreise die ärmeren Länder ganz besonders belasten. Es muß im Interesse aller Staaten liegen, den Übergang vom Ölzum Wasserstoffzeitalter schnellstmöglich zu vollziehen. Das wichtigste ist jetzt, daß endlich der Stillstand in den Klimaschutzverhandlungen überwunden und das Kyoto-Protokoll bis 2002, zehn

Jahre nach dem Gipfel von Rio, implementiert werden kann. Auch eine weitere Schicksalsfrage für die Menschheit, die Zukunft der Gentechnik, wird nur im Rahmen eines globalen Konsenses positiv bewältigt werden können. Die Gentechnik hat das Potential, die Medizin und die Landwirtschaft zu revolutionieren. Zugleich wirft sie wie keine andere Technologie

ethische und menschenrechtliche Fragen auf. Brauchen wir für den Umgang mit einer so potenten neuen Technologie nicht klare, verbindliche Regeln? Warum denken wir in den Vereinten Nationen nicht ernsthaft darüber nach, eine völkerrechtliche Konvention zu schaffen, die die Gentechnik sinnvoll fördert, die Freiheit der Forschung und ihrer Erkenntnisse sichert und zugleich ein ethisches Fundament definiert und den Schutz gegen Mißbrauch

Die Millenniums-Erklärung ist ein zukunftsweisendes Dokument. Aber was hilft uns dies, wenn es immer mehr Mitglieder gibt, die es zulassen, daß die wirklichen Probleme dieser Welt an anderer Stelle behandelt und entschieden werden? Wenn es uns nicht gelingt, die Vereinten Nationen an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen und umfassend zu modernisieren, dann werden sie ins Abseits geraten, mit fatalen Auswirkungen auf Frieden und Entwicklung, Menschenrechte, Umwelt und sozialen Fortschritt. Wir alle, reich und arm, werden die Verlierer sein.

Wir müssen deshalb die Kraft für eine entschlossene Umsetzung der Millenniums-Erklärung aufbringen. Wir brauchen eine Weltorganisation, die schlagkräftig ist und ihre knappen Ressourcen wirksamer einsetzt. Eine we-sentliche Voraussetzung dafür ist es, die UN endlich auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen. Deutschland hat gemeinsam mit seinen EU-Partnern Vorschläge für eine gerechtere, ausgewogenere Beitragsskala gemacht, deren Grundlage die Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten bleiben muß. Der Sicherheitsrat reflektiert nicht mehr die politische Realität unserer Welt

zu Beginn des neuen Millenniums. Wir teilen die Auffassung des Generalse-kretärs, daß dieses zentrale Steuerungsorgan der Weltgemeinschaft unter Berücksichtigung auch der Entwicklungsländer repräsentativer, legitimer und effektiver werden muß. Bundeskanzler Schröder hat in der vergangenen Woche bekräftigt, daß Deutschland bereit ist, in diesem Zusammenhang mehr Verantwortung zu übernehmen. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen und meinem Freund und Kollegen Robin Cook für die klaren Worte, die er soeben vor der Generalversammlung gefunden hat, danken.

Die Generalversammlung muß ihre Arbeit strukturieren und fokussierter als bisher die globalen Probleme debattieren und Handlungslinien aufzeigen. Synergiemöglichkeiten zwischen den UN-Organisationen, zum Beispiel im Umweltbereich, müssen besser genutzt und Kräfte durch Zusammenlegung

von Organisationen stärker gebündelt werden.

Eine Erneuerung der Vereinten Nationen wird entscheidend dafür sein, daß das 21. Jahrhundert sicherer und gerechter wird als es das 20. Jahrhundert war. Gestatten Sie, daß ich mit einem Zitat aus dem Millenniums-Bericht des Generalsekretärs schließe: »Keiner Änderung unseres Denkens oder Handelns kommt wohl größere Bedeutung zu als der, daß wir bei allem, was wir tun, die Menschen in den Mittelpunkt stellen. ... Erst wenn das geschieht, wissen wir, daß wir auf dem Weg zu einer Globalisierung sind, die tatsächlich alle Menschen in den Weg zu einer Globalisierung sind, die tatsächlich alle Menschen in den Weg zu einer Globalisierung sind, die tatsächlich alle Menschen in den Weg zu einer Globalisierung sind, die tatsächlich alle Menschen zu einer Globalisierung sind zu einer Globalisierung schen einschließt und die jedem Menschen erlaubt, an ihren Chancen teilzu-

## Überwindung der Teilung

Zum 10. Jahrestag der deutschen Einheit

KOFI ANNAN

Die Vereinigung von Ost- und Westdeutschland am 3. Oktober 1990 war ein Ereignis, das Deutschland, Europa und die Welt verändert hat. Sicherlich war der Einigungsprozeß mit ernsten wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Schwierigkeiten verbunden, und der monumentale Übergang von einer Zentralverwaltungswirtschaft zur Marktwirtschaft, der sich in Ostdeutschland vollzog, war von großem Leid und Opfern begleitet. Doch hege ich keinen Zweifel daran, daß sich die unbeirrte Entschlossenheit des deutschen Volkes letztendlich für alle auszahlen wird

Was Deutschland befreit hat, hat auch mitgeholfen, die Vereinten Nationen frei zu machen. Die Spannungen, das Wettrüsten und die ideologische Rivalität des Kalten Krieges, die Deutschland gespalten hatten, führten auch zu einer Spaltung der Vereinten Nationen, die sich nirgends so nachteilig auswirkte wie im Sicherheitsrat. Zwar konnten die Vereinten Nationen diese Kluft umgehen und viele Anliegen voranbringen, doch waren ihnen in entscheidenden Fragen des Friedens und der Sicherheit mitunter die Hände gebunden oder sie wurden an den Rand gedrängt. Selbst heute ist die Einigkeit des Sicherheitsrats keineswegs gewährleistet, und Einigkeit allein ist noch keine Erfolgsgarantie. Doch stellt die neue Freiheit des Rates, Einigung zu erzielen, eine wichtige und positive Entwicklung für die internationale Gemeinschaft dar.

Das am deutlichsten sichtbare Zeichen der deutschen Teilung war die Mauer zwischen Ost- und Westberlin – das Produkt und Symbol einer Re-

gierung, die ihr eigenes Volk fürchtete, und ein Mahnmal für die Verstocktheit menschlichen Denkens. Seien wir alle dankbar dafür, daß diese Mauer jetzt nur noch Erinnerung ist. Dank der Initiative des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Wolfgang Thierse, wird ein kleines Stück davon bald ständig am Amtssitz der Vereinten Nationen ausgestellt

Eine Teilung zu überwinden, ist keine einfache Aufgabe; ebensowenig, wie Menschen zusammenzuführen. Die deutsche Einigung zeigt indes sen, daß dies dennoch möglich ist - nicht durch Gewalt, sondern durch friedliche Demonstrationen und vernünftige Kompromisse. In diesem Sinne beglückwünsche ich das deutsche Volk zu dem, was es bisher vollbracht hat, und ich sehe seinem höchst bedeutsamen Beitrag zu den Zielen der Vereinten Nationen im 21. Jahrhundert erwartungsvoll ent-

> Grußwort des UN-Generalsekretärs anläßlich des 10. Jahrestages der deutschen Einheit an die Teilnehmer des Festaktes zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2000 in der Sächsischen Staatsoper Dresden